



Open Access Repository

www.ssoar.info

Wie reagieren Wähler auf Sparpolitik? Eine theoretische und empirische Annäherung an die elektoralen Kosten von Sparpolitik

Giger, Nathalie

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Giger, N. (2012). Wie reagieren Wähler auf Sparpolitik? Eine theoretische und empirische Annäherung an die elektoralen Kosten von Sparpolitik. *der moderne staat - dms: Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management*, 5(2), 291-312. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-59595-3>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Schwerpunkt: Können Demokratien sparen?

Nathalie Giger

Wie reagieren Wähler auf Sparpolitik? Eine theoretische und empirische Annäherung an die elektoralen Kosten von Sparpolitik

Zusammenfassung

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit den Konsequenzen von Sozialstaatsabbau auf die Popularität der Regierung und deren Wiederwahlchancen. Während die Literatur gemeinhin von einer direkten Beziehung zwischen dem Abbau des Sozialstaats und elektoralen Verlusten ausgeht, zeigt dieser Aufsatz, dass ein solcher empirisch nur zu erwarten ist, wenn man eine Reihe von zusätzlichen Annahmen trifft. Diese Annahmen werden im Folgenden kritisch diskutiert. Insgesamt weist dieser Beitrag nach, dass Wähler auf Sparpolitik reagieren, die Mechanismen jedoch komplexer sind als bisher angenommen. So wird die Unzufriedenheit der Bürger nicht immer direkt im Wahlergebnis sichtbar und Sozial- und Wirtschaftspolitik ist nicht per se mit besonderen elektoralen Konsequenzen verbunden.

Schlafworte: Sozialstaatsabbau, Regierung, Wahlen

Abstract

How do voters react to retrenchment? Towards a theoretical and empirical framework to study the electoral costs of retrenchment

This study looks at the consequences of social policy retrenchment on government popularity. While the literature treats the connection between social policy cutbacks and electoral costs as a direct line; this study provides theoretical and empirical evidence that this view does not live up to reality. The article then discusses the micro foundation for the argument of electoral costs and its assumptions critically. It is shown that the mechanisms underlying the relation between social policy cutbacks and the electoral fate of the incumbents is more complex than previously thought and social policy does not always have an impact on the re-election chances of the incumbent parties.

Key words: social policy retrenchment, government, elections

1. Einleitung und Forschungsfrage

Europa erlebt gegenwärtig eine Zeit von großen politischen Umbrüchen: Durch die andauernde Finanz- und Wirtschaftskrise sind die Staatshaushalte vieler westlicher Staaten in Schieflage geraten, was diese in eine zunehmend prekäre Situation bringt: Die Staatsdefizite und Schuldenstände sind hoch, der finanzpolitische Spielraum gering. Da sind einerseits transnationale Akteure wie die Europäische Union (EU) und der Internationale Währungsfonds (IWF), die auf Kürzungen und Reformen pochen, und auf der anderen Seite ausgebaute Sozialstaaten, deren Ausgaben sich aufgrund von rasch verändernden Gesellschaften, die nicht nur immer älter werden, sondern auch immer höhere Gesundheitskosten zu tragen haben, eher noch erhöhen. Diese Kombination erhöht den Druck auf die Regierungsparteien, schmerzhaft Einschnitte vorzunehmen und die Leistungen

des Staates zum Teil drastisch zu kürzen, was diese aber nur sehr zögerlich tun. Meist wird von Politikern befürchtet, dass solche Schritte von der Bevölkerung nicht honoriert werden und sie mit Einschnitten ihre Wiederwahlchancen schmälern.

Diese These wird auch in der sozialpolitischen Literatur, speziell in Beiträgen, die sich mit Abbaupolitik beschäftigen, vertreten (*Pierson 1994, 2001*). In vielen Studien wird davon ausgegangen, dass Regierungen für Reformbemühungen, die den Sozialstaat beschneiden, elektoral bestraft werden. Dabei wird auf die hohe gesellschaftliche Akzeptanz der sozialpolitischen Institutionen verwiesen sowie darauf, dass Wähler generell stärker reagieren, wenn sie einen Verlust empfinden als im Fall eines gefühlten Zugewinns.¹ Regierungsparteien stehen also in einem konstanten Spannungsverhältnis. Einerseits sind Kürzungen im Staatshaushalt und insbesondere in der Sozialpolitik unumgänglich, wollen sie nicht die Stabilität der Sozialwerke und des Staates gefährden, andererseits fürchten sich die Politiker vor den hohen politischen Kosten, die mit solchen Abbauprojekten assoziiert werden.

Aus der Literatur wissen wir, dass Sozialstaatsabbau stattgefunden hat (*Allan/Scruggs 2004, Korpi/Palme 2003*), wenn auch in geringerem Ausmaß als von einigen Experten erwartet (*Pierson 2011*). Die Frage, die sich nun stellt, ist folgende: Haben diese Regierungen an Wählergunst eingebüßt wie dies in der sozialpolitischen Literatur angenommen wird? Ist die These der hohen elektoralen Kosten, die viele Politiker und Kommentatoren als allgemeingültig wahrnehmen, auch empirisch zu belegen? Dieser Beitrag geht vor allem der Frage nach, ob und in welchem Ausmaß Regierungen tatsächlich abgestraft wurden, nachdem sie die Leistungen des Wohlfahrtsstaates beschnitten haben.

Das Argument, dass Sozialstaatsabbau elektorale Kosten nach sich zieht, wurde lange Zeit kaum empirisch untersucht. Erst seit ein paar Jahren hat sich ein Forschungsstrang entwickelt, der genau diese Frage behandelt.² Dies ist umso erstaunlicher, als die Validität dieses Arguments so fundamental für unsere Sicht von Abbaupolitik ist. Viele Autoren nehmen den Zusammenhang zwischen Abbau und Stimmenverlust als gegeben an und bauen darauf ihre Überlegungen zum (strategischen) Verhalten von Parteien auf (*Pierson 1994, Starke 2006, Vis/Kersbergen 2007*). Lassen sich die elektoralen Kosten von Sparpolitik aber nicht oder nur in sehr geringem Ausmaß empirisch nachweisen, hat dies auch Auswirkungen auf das Verhalten von Parteien im Spannungsfeld zwischen der Notwendigkeit von Kürzungen und den erwarteten Kosten.

Dieser Beitrag beleuchtet die Reaktion der Wähler³ auf Sparpolitik genauer und argumentiert dabei insbesondere, dass der Zusammenhang zwischen dem Abbau des Sozialstaats und elektoralen Kosten komplexer ist als bisher angenommen. Regierungen werden für Sozialstaatsabbau nicht immer bestraft, sondern es muss eine Reihe von weiteren Bedingungen erfüllt sein, bis negative Auswirkungen auf die Popularität der Regierung und deren Wiederwahlchancen deutlich werden.

Dabei handelt es sich bei diesem Aufsatz um ein Kondensat der bisherigen Forschung zu diesem Thema, dessen Mehrwert insbesondere in einer kompakten, destillierten Darstellung der theoretischen Argumente liegt. Dabei werden die Annahmen, die in der Literatur gemeinhin gemacht werden, einer kritischen Prüfung unterzogen. Die empirischen Befunde, die in diesem Beitrag gezeigt werden, haben dabei eher illustrativen Charakter und sind nicht im engeren Sinn Hypothesen-testend angelegt. Der Rest des Aufsatzes ist wie folgt aufgebaut: In einem ersten Schritt wird gezeigt, dass ein direkter Zusammenhang zwischen Sozialstaatsabbau und Stimmenverlusten von Regierungsparteien nicht existiert und es werden moderierende Faktoren diskutiert, die unter bestimmten Voraus-

setzungen auf einen Zusammenhang schließen lassen. In einem zweiten Teil wird eine differenziertere Sichtweise, wie Wähler auf Sparpolitik reagieren, dargelegt und empirisch untermauert. Der letzte Teil diskutiert die Implikationen der Ergebnisse für die Sparpolitik von Regierungen im Besonderen und die Staatstätigkeit im Allgemeinen.

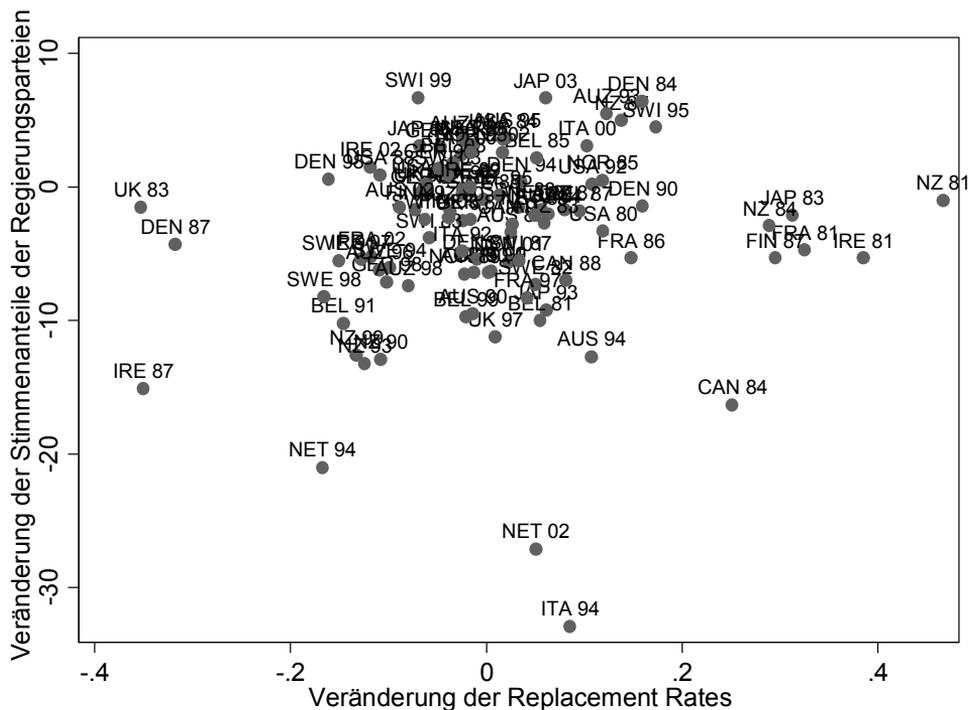
2. Werden Regierungen abgestraft?

Regierungen werden für Wohlfahrtsstaatsabbau elektoral bestraft, so das oft gehörte Argument, das von manchem Politiker und Politikwissenschaftler als Allgemeinplatz gesehen wird (*Armingeon/Giger* 2008). Dieses Argument geht auf *Paul Pierson* zurück, der mit seiner bahnbrechenden Studie 1994 die These von den „new politics of welfare“ begründete. *Pierson* argumentiert darin, dass sich Sozialstaatsausbau und -abbau in ihrer Logik fundamental unterscheiden. Erstens habe sich durch die Expansion der sozialen Sicherung das politische Umfeld drastisch verändert. So hat sich der Sozialstaat seine eigenen Unterstützer geschaffen, was sich in Form von gut organisierten Interessengruppen aber vor allem in Form einer den sozialstaatlichen Leitideen sehr zugetanen Bevölkerung manifestiert. Es ist nachgewiesenermaßen so, dass die westlichen Bevölkerungen die sozialstaatlichen Prinzipien in sehr hohem Ausmaß unterstützen, so findet man in Umfragen regelmäßig über 80 Prozent Zustimmung zu sozialstaatlicher Politik (siehe beispielsweise *Gelissen* 2000). Zweitens, so *Pierson*, haben sich jedoch auch die Ziele der Politiker geändert: Heute dreht sich wohlfahrtsstaatliche Politik um „blame avoidance“ (*Weaver* 1986), also die Umgehung und Vermeidung von Bestrafung während es sich früher um ein Politikfeld gehandelt habe, mit dem man sich profilieren konnte. Dabei sind Kürzungsvorhaben besonders deswegen unpopulär, weil sie eine kleine, gut abgrenzbare Gruppe betreffen, die von den Kürzungen jedoch zum Teil hart getroffen werden, während es sich bei den „Gewinnern“ von solchen Reformen meist um die gesamte Bevölkerung, zumindest alle Steuerzahler, handelt. Diese Konstellation, zusammen mit dem Phänomen, dass Wähler auf Verluste stärker reagieren als auf Gewinne (sogenannter „negativity bias“, *Lau* 1985), führt laut *Pierson* dazu, dass Sozialstaatsabbau mit hohen Kosten verbunden ist.

Piersons Werk begründet eine ganze Forschungsrichtung, die sich damit beschäftigt, wie und unter welchen Umständen verschiedene Strategien zur Vermeidung des „Blame“ zum Zuge kommen und unter welchen Umständen Regierungen Reformen wagen (siehe *Starke* 2006 oder *Levy* 2010 für eine Übersicht, oder *Vis* 2010, *Vis/Kersbergen* 2007). Gemeinsam ist diesen Arbeiten, dass sie die Unpopularität von Kürzungsvorhaben als gegeben annehmen und darauf ihre weiteren Argumente aufbauen.

Die Herangehensweise dieses Aufsatzes ist eine andere. Er zielt explizit darauf zu analysieren, wie die Bürger auf Sozialstaatsabbau reagieren. Als erstes beschäftigen wir uns mit der Frage, ob sich ein systematischer Zusammenhang zwischen den Wähleranteilen der Regierungsparteien und dem Ausmaß ihrer Kürzungspolitik empirisch feststellen lässt: Gibt es systematische Evidenz, dass Regierungen, die den Sozialstaat abgebaut haben dafür an der nächsten Wahl bestraft wurden? Abbildung 1, basierend auf *Armingeon/Giger* (2008), gibt dazu erste Hinweise. Die Abbildung zeigt die Veränderung der Stimmenanteile der Regierungsparteien im Verhältnis zur Veränderung der Generosität des Wohlfahrtsstaates⁴ zwischen 1980 und 2003.

Abbildung 1: Zusammenhang Veränderung der Stimmenanteile und Veränderung der Wohlfahrtsstaatlichen Generosität



Anmerkung: Dargestellt ist die Differenz der Stimmenanteile der Regierungsparteien im Zusammenhang mit dem Ausmaß der Veränderung der sozialen Sicherheit. Eine Beobachtung bezieht sich jeweils auf die Regierung, die sich zu jenem Zeitpunkt der Wahl gestellt hat. Bsp. „GER 02“ bezeichnet die deutsche Rot-Grüne Regierung, die sich 2002 der Wiederwahl gestellt hat. Abgebildet sind 18 OECD Staaten zwischen 1980-2003. Die Daten stammen aus *Armingeon* und *Giger* (2008).

In Abbildung 1 wird erkennbar, dass kein systematischer Zusammenhang zwischen dem Ausbau/Abbau der sozialen Sicherheit und Gewinnen/Verlusten der Regierungsparteien besteht. Quantifiziert man den Zusammenhang, kommt man auf einen Wert von 0.09 (Pearson's Korrelationskoeffizient), was als Nicht-Existenz eines Zusammenhangs interpretiert werden kann. Wenn man nur Regierungen betrachtet, die den Sozialstaat abgebaut haben, ist der Zusammenhang etwas stärker (0.4), jedoch in den multivariaten Modellen, wie sie *Armingeon* und *Giger* (2008) zeigen, nicht signifikant gemäß den Standards der Sozialwissenschaften.⁵

In diesem ersten, zugegebenermaßen relativ rudimentären, Test konnten also keine Hinweise auf signifikante elektorale Straffeffekte gefunden werden, es sieht im Gegenteil so aus, als würden Regierungen unter Umständen sogar Wählerstimmen gewinnen, nachdem sie die Generosität des Sozialstaates gekürzt haben: In 15 Fällen des vorliegenden Samples wird eine solche Kombination empirisch belegt.

Dies wirft die Frage auf, ob diese Fälle Ausdruck einer Systematik oder nur zufällig entstanden sind. *Giger* und *Nelson* (2011) gehen genau dieser Frage nach und postulieren, dass die elektoralen Effekte von sozialpolitischen Kürzungen nicht alle Regierungen

gleich betreffen, sondern dass Unterschiede nach der parteipolitischen Zusammensetzung ebendieser zu erwarten sind. Ausgehend von der Literatur, die sich mit parteipolitischen Unterschieden im Ausmaß von Kürzungen im Sozialbereich beschäftigt (siehe bspw. *Zohlnhöfer et al.* 2012), leiten *Giger* und *Nelson* gegensätzliche Sets von Hypothesen ab. Nimmt man an, der Parteienwettbewerb funktioniere noch so wie zu Zeiten der Expansion des Sozialstaates, lässt sich die Erwartung formulieren, dass linke und christdemokratische Parteien Wählerstimmen verlieren werden, wenn sie abbauen. Diese Parteien gelten als klassische Vertreter eines starken Wohlfahrtsstaates. Bauen sie diesen nun zurück, nehmen ihnen die Wähler dieses Verhalten übel und strafen sie ab. In der gleichen Logik lässt sich umgekehrt erwarten, dass liberale und konservative Parteien eher an Popularität zulegen werden, wenn sie kürzen, da die Klientel dieser Parteien genau das erwartet. Folgt man hingegen der Logik, wie sie *Ross* (2000) als „Nixon-goes-to-China“-Logik formuliert hat, kommt man zu genau gegenteiligen Erwartungen: Hier werden die Parteien nach ihrer Vergangenheit als sozialstaatsbeschützende Partei evaluiert. Wenn nun also die sozialstaatsfreundlichste Partei einen Abbau vollzieht, so sehen die Wähler dies als Zeichen, dass wirklich kein anderer Ausweg mehr möglich war und werden diese Parteien eher noch belohnen. Umgekehrt werden in dieser Sichtweise liberale und konservative Parteien Wählerstimmen einbüßen, wenn sie Kürzungen vornehmen. Tabelle 1 fasst die unterschiedlichen Erwartungen zusammen.

Tabelle 1: Parteipolitische Hypothesen zu den elektoralen Kosten von Wohlfahrtsstaatsabbau

NEW POLITICS

Der „New Politics“ Hypothese zufolge werden Parteien für Kürzungen im Sozialsystem weder Stimmen gewinnen, noch verlieren. Durch „blame avoidance“- Strategien werden Auswirkungen auf die Wahl verhindert.

OLD POLITICS

Der „Old Politics“ Hypothese zufolge werden linke und religiöse Parteien Stimmen verlieren, wenn sie das Sozialsystem beschneiden und ihre „blame avoidance“ – Strategien fehlschlagen. Liberale und Konservative Parteien dagegen gewinnen Stimmen hinzu.

MARKET LIBERALISM

Marktliberale Parteien zeigen eine ungewöhnliche Kapazität, Kürzungen ohne elektorale Verluste vorzunehmen. Alle anderen Parteien verlieren Stimmen, wenn ihre „blame avoidance“ – Strategien fehlschlagen.

NIXON GOES TO CHINA

Linke und religiöse Parteien gewinnen Stimmen durch Kürzungen des Sozialsystems, während liberale und konservative Parteien Stimmen verlieren, wenn ihre „blame avoidance“ – Strategien fehlschlagen.

Anmerkung: Aus *Giger/Nelson* (2011, S. 9).

Schumacher et al. (2012) stellen ähnliche Vermutungen auf und gehen auch davon aus, dass nicht alle Parteien gleich von Wählerstimmenverlusten betroffen sein werden, wenn sie den Sozialstaat kürzen. Während einige Parteien relativ ungestraft abbauen können, sind andere Parteien besonders von der Wut der Wähler betroffen. Die Autoren bauen ihr Argument auf dem „Issue Ownership“ Argument (*Petrocik* 1996) auf und argumentieren, dass besonders Parteien mit einem positiven Sozialstaatsimage (Sozialdemokraten und Christdemokraten) von Wählerverlust betroffen sind. Diesen Parteien, seit langem bekannt als Verfechter und Verteidiger einer hohen sozialen Sicherheit, würden es die Wähler nicht verzeihen, dass sie den Sozialstaat abbauen. Dies insbesondere aus dem Grund,

dass die Wähler von Parteien mit einem positiven Sozialstaatsimage noch immer stark an die Idee der Umverteilung glauben (*Schumacher et al. 2012, S. 7*).

Tabelle 2: Die elektoralen Auswirkungen für Regierungsparteien, die gekürzt haben, aufgliedert nach Regierungsparteien

Unabhängige Variablen Regierungsparteien	1 Gesamt	2 Links	3 Religiös	4 Konser- vativ	5 Liberal
Lagged Wähleranteil Regierung (gesamt)	-0,096* [0.054]				
Lagged Wähleranteil Sozialdem. Parteien		-0,126 [0.073]			
Lagged Wähleranteil Religiöse Parteien			-0,163 [0.092]		
Lagged Wähleranteil Konservative Parteien				-0,276*** [0.065]	
Lagged Wähleranteil Liberale Parteien					-0,059 [0.045]
Absolute Veränderung der Replacement Raten	0,078 [0.086]	0,176 [0.117]	-0,054 [0.084]	0,147 [0.151]	-0,037 [0.134]
Dummy für absolute Replacement Raten (<-1)	2,445 [1.497]	1,621 [2.001]	4,714* [2.460]	0,906 [1.732]	1,319 [1.417]
Ausmaß der Veränderung der absoluten Replacement Raten (<-1)	0,214 [0.275]	0,04 [0.260]	1,501 [0.854]	-0,331 [0.279]	0,326* [0.159]
Konditionale Effekte (im Falle von Kürzungen)	0,292 [0.257]	0,216 [0.259]	1,447* [0.788]	-0,184 [0.197]	0,289** [0.127]
Durchschnittliche Arbeitslosenquote	-0,372** [0.175]	-0,104 [0.196]	0,138 [0.250]	-0,233 [0.309]	-0,132 [0.174]
Durchschnittliche Wachstumsrate	0,273 [0.365]	0,084 [0.308]	-0,077 [0.520]	0,644 [0.454]	0,291 [0.524]
Effektive Anzahl der Parteien	0,104 [0.304]	-0,411 [0.440]	-0,647* [0.348]	-0,508 [0.500]	0,627 [0.393]
Konstante	1,681 [2.702]	3,573 [4.718]	6,038 [3.986]	7,278* [3.469]	-2,674 [2.309]
Beobachtungen	147	76	40	47	57
R-squared	0,09	0,13	0,23	0,31	0,17

Anmerkung: * $p < 0.10$, ** $p < 0.05$, *** $p < 0.01$ (zweiseitig). Das Sample umfasst 18 OECD Staaten zwischen 1980-2003. Eine Beobachtung entspricht einer Regierung, die sich der Wiederwahl stellt. Die Daten zur Wohlstandsentwicklung stammen von *Scruggs (2004)*, die restlichen Variablen aus *Armingeon et al. (2008)*. Dargestellt sind die Ergebnisse von OLS-Regressionen mit einer Interaktion. Zur besseren Interpretation sind die konditionalen Effekte gesondert ausgeschrieben. Bitte beachten Sie zudem, dass Koalitionsregierungen unter verschiedenen Parteifamilien gezählt werden können. Dementsprechend stimmt die Anzahl der Parteifamilien nicht der Gesamtzahl der Fälle überein. Die Tabelle ist aus *Giger und Nelson (2011, S. 16)* übernommen.

Tabelle 2 zeigt die wichtigsten Ergebnisse (OLS-Regressionen) der Studie von *Giger und Nelson (2011)*.⁶ Dabei wurden in Modell 1 sämtliche Parteien aufgenommen, während in den Modellen 2-5 nur einzelne Parteifamilien inkludiert wurden. Die für unsere Zwecke interessierenden unabhängigen Variablen sind dabei jeweils die fett unterlegten konditionalen Effekte der Veränderung der sozialen Sicherungswerke, die angeben, ob Abbau elektoral sanktioniert wurde. Es zeigt sich einmal mehr, dass, wenn wir auf den allgemeinen Zusammenhang blicken (Modell 1), kein signifikanter Einfluss von Abbaupolitik auf

die Popularität der Regierung feststellbar ist. Schlüsselst man jedoch die Regierungen nach ihrer parteipolitischen Zusammensetzung auf (Modelle 2 bis 5), sehen wir große Unterschiede: Während sich für einige Parteien (die Sozialdemokraten zum Beispiel) keine systematischen Trends ausmachen lassen, wird deutlich, dass sowohl die Christlich-Demokratischen Parteien als auch die Liberalen mit Zugewinnen rechnen können, nachdem sie den Sozialstaat abgebaut haben. Diese Analysen zeigen also nicht nur die Nicht-Existenz von Bestrafung, sondern geben sogar Hinweise darauf, dass gewisse Regierungen gewinnen, nachdem sie den Sozialstaat abgebaut haben. Die Ergebnisse von *Schumacher et al.* (2012), die sowohl auf einer anderen Länder- und Zeitauswahl⁷ als auch auf einer anderen Messung von Sozialstaatsabbau beruhen, entsprechen im Wesentlichen dem, was *Giger* und *Nelson* (2011) finden. Dies jedoch mit einer wichtigen Abweichung: In ihrem zehn Jahre längeren Sample finden sie systematische Bestrafungseffekte für Parteien mit einem positiven Sozialstaatsimage, dies sind die sozialistischen, sozialdemokratischen und christdemokratischen Parteien. Weiter können sie zeigen, dass die Wählerbewegungen von den „bestraften“ sozialstaatspositiven Parteien hin zu ähnlichen Parteien mit gleichermaßen sozialstaatsverteidigender Ideologie laufen und weniger Parteien gewinnen, die traditionell nicht als Verteidiger des Wohlfahrtsstaates angesehen werden können.

Insgesamt stehen diese Ergebnisse in starkem Kontrast zur bisherigen Literatur und haben auch Auswirkungen darauf, wie sich der Trade-off zwischen gesunder Finanzpolitik und ausgebaute sozialer Sicherung für die Regierungen präsentiert. Dass regierende Parteien nicht in jedem Fall abgestraft werden, macht insbesondere zwei Annahmen dieser Literatur obsolet: Erstens, dass alle Bürger Wohlfahrtsstaatsabbau negativ bewerten und zweitens, dass Regierungen immer „Blame avoidance“ Strategien anwenden müssen, um Kürzungen zu verbergen. Die Analysen von *Giger* und *Nelson* (2011) zeigen im Gegenteil, dass sozialpolitische Sparpolitik für gewisse Regierungen sogar eine „credit claiming“-Aktivität sein kann und sich damit Stimmen gewinnen lassen.

Die Ergebnisse ergeben auch ein anderes Bild der Häufigkeit und des Erfolges von sogenannten „Blame avoidance“ Strategien, die Regierungsparteien helfen sollen, die elektoralen Kosten durch den Rückbau des Sozialstaats zu minimieren. Diese sind unter Umständen nicht immer nötig oder sinnvoll, vor allem wenn man bedenkt, dass solche Strategien (besonders wenn sie auf Kompensation abzielen) auch mit zusätzlichen Ausgaben verbunden sind, was den Gesamtkürzungseffekt empfindlich einschränken kann (*Giger/Nelson* 2011). Weiter kann angenommen werden, dass die Wahrscheinlichkeit, solche Strategien anzuwenden, von der Regierungszusammensetzung beeinflusst wird, und dass nicht alle Regierungen über ausreichend Ressourcen verfügen, „blame avoidance“ Strategien zum Erfolg zu verhelfen.

Natürlich sind die elektoralen Kosten von Abbaupolitik auch kontextabhängig. *Armingeon* und *Giger* (2008) haben hierfür den Begriff „conditional punishment“ geprägt. Während, wie auf den letzten Seiten beschrieben, nicht generell von hohen Kosten für Sozialstaatsabbau ausgegangen werden kann, ist eine solche „Bestrafung“ von Seiten der Wähler unter bestimmten Bedingungen durchaus denkbar und wahrscheinlich. Insbesondere hat die Literatur bisher die drei folgenden Kontextmerkmale und ihren moderierenden Einfluss auf die Stärke der elektoralen Bestrafung betrachtet: Die Klarheit der institutionellen Rahmenbedingungen (*Giger* 2010, 2011; *Schumacher et al.* 2012; *Kumlin* 2007a), die Regierungsdauer (*Armingeon/Giger* 2008) und das Medieninteresse an sozialpolitischen Reformen (*Armingeon/Giger* 2008, *Lindbom* 2010, *Schumacher et al.* 2012).

Die Debatte, ob eine elektorale Bestrafung für sozialpolitische Kürzungen auch mit den institutionellen Rahmenbedingungen zu tun hat, baut auf einer mit diesem Argument nah verwandten Literatur auf, die sich mit den elektoralen Kosten einer schlechten Wirtschaftslage beschäftigt (sogenannte „economic voting“ Literatur, siehe *Lewis-Beck/Stegmaier* 2007 für einen Überblick). Im Kontext der vieldiskutierten Frage, ob Regierungen abgestraft werden, wenn die Wirtschaft schlecht läuft, haben *Powell* und *Whitten* (1993) ein Argument entwickelt, nach dem eine Beziehung zwischen Wirtschaftslage und Wählerverlusten von Regierungsparteien nur möglich sei, wenn klar ersichtlich ist, wer in der Regierung sitzt und die Regierungsmacht konzentriert ist. Konkret müssen es die Institutionen den Bürgern erlauben, makroökonomische Gegebenheiten oder ihre eigene ökonomische Lage mit dem Handeln der Regierung zu verknüpfen und dies in ihre Wahlentscheidung einfließen zu lassen. Seit kurzen wenden verschiedene Autoren (*Tavits* 2007, *de Vries et al.* 2011, *Hellwig* 2008, *Tilley/Hobolt* 2011) dieses Argument der „Clarity of Responsibility“ auch auf andere Politikfelder an. Unter anderem auf die Frage, ob Wähler Regierungen für Sparpolitik im Gebiet der sozialen Sicherung bestrafen (*Giger* 2010, *Armingeon/Giger* 2008, *Kumlin* 2007a). Wie auch im Bereich des ökonomischen Wählens finden sich Hinweise darauf, dass eine Bestrafung in einem institutionellen Umfeld, das eine klare Verantwortlichkeit zulässt, stärker ist (oder eben nur unter diesen Umständen überhaupt zu beobachten ist).

Verwandt damit ist auch die von *Armingeon* und *Giger* (2008) aufgestellte Vermutung, dass die Länge der Regierungszeit entscheidend dafür sein kann, ob es Regierungen gelingt, den Sozialstaat ohne Verluste zu kürzen. Konkret argumentieren *Armingeon* und *Giger*, dass besonders Regierungen, die nur sehr kurze Zeit an der Macht waren, d.h. nicht über die gesamte Legislaturperiode regiert haben, von Wählerverlusten betroffen sind, wenn sie Kürzungen vornehmen. Als Grund für dieses Phänomen führen die Autoren auf, dass es solchen Regierungen viel weniger möglich ist, die Kürzungen mit anderen Handlungen zu kompensieren oder mit einem geschickten Timing ihrer Reform (eher zu Beginn der Amtszeit) dafür zu sorgen, dass die Reform am Wahltag in Vergessenheit geraten ist.⁸

Ein Thema, was schon von *Pierson* (1994; 1996) in seiner Abhandlungen über Reformpolitik und ihre Dynamik aufgegriffen wurde, ist die Sichtbarkeit von Reformen und eng damit verbunden die Wichtigkeit, die solche Reformen für das Wahlverhalten haben. Um nämlich von einem Effekt von Kürzungen auf das Wählerverhalten ausgehen zu können, muss zwingend angenommen werden, dass die Wähler eine solche Reform wahrnehmen bzw. dass sie darüber informiert sind. Während man einerseits argumentieren kann, dass große Kreise der Bevölkerung über interpersonelle Kontakte von Kürzungen hören, ist auch unbestritten, dass die mediale Aufmerksamkeit für das Bekanntwerden einer Reform und ihrer Auswirkungen zentral ist. So können *Armingeon* und *Giger* (2008) und *Schumacher et al.* (2012) beispielsweise zeigen, dass sich die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass eine sozialpolitische Reform von Wählerverlusten begleitet wird, wenn Sozialpolitik ein zentrales Wahlkampfthema war. *Lindbom* (2010) zeigt in seiner Fallstudie aus Schweden auf, dass das Medieninteresse nicht zwingend auf diejenigen Reformen fokussiert, die auch die größten Einschnitte vorsehen. Im Gegenteil, die Medienberichterstattung scheint eher kleinteilige, dafür aber transparente und „einfach zu verkaufende“ Reformen aufzugreifen. Dies führt den Autor zu der Schlussfolgerung, dass die Medien ihrer Aufklärungs- und Bildungsfunktion nur sehr beschränkt nachkommen und umgekehrt das öffentliche Interesse auf Reformen lenkt, die eigentlich keiner öffentlichen Reaktion bedürfen.

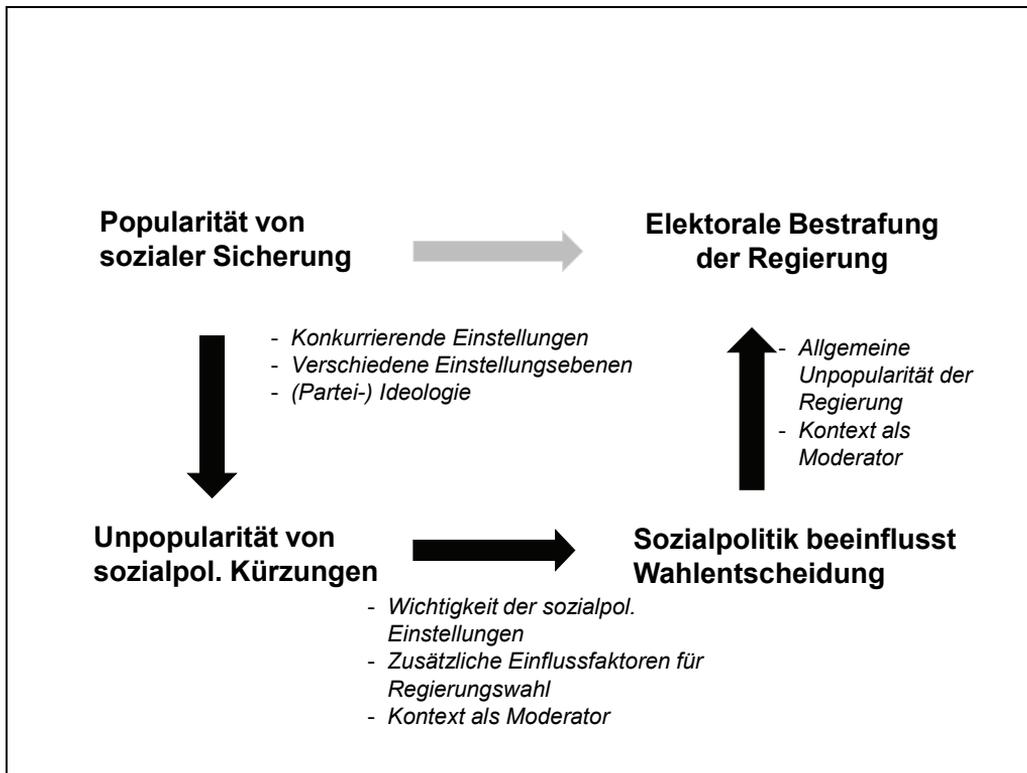
Die Liste der Faktoren, die beeinflussen, ob und wie stark eine Regierung abgestraft wird, ist natürlich noch ausbaufähig. Potentiell interessante Faktoren sind beispielsweise die Frage, ob Bürger in sehr gut ausgebauten Sozialstaaten stärker auf Abbau reagieren als solche in marginalen Wohlfahrtsstaaten. Eine solche Untersuchung würde es auch erlauben, das Argument von *Pierson* zu prüfen, nachdem sich der Sozialstaat seine eigenen Unterstützer geschaffen hat.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Antwort auf die eingangs des Kapitels gestellte Frage „Werden Regierungen abgestraft?“ nach den bisher gezeigten empirischen Befunden eher negativ ausfallen muss. Es gibt keine systematische Bestrafung für Sozialstaatsabbau, sondern vielmehr müssen bestimmte Voraussetzungen (klare Verantwortlichkeiten, kurze Regierungsdauer und starke Medienaufmerksamkeit) erfüllt sein, bis Sparpolitik elektorale Konsequenzen hat. Nur eine detaillierte Untersuchung des Wahlverhaltens der einzelnen Bürger und der Faktoren, die solches beeinflussen, wird jedoch weiterhelfen, den Zusammenhang zwischen Abbau und Wählerstärkenverlusten der Regierungsparteien genauer zu verstehen und die kausalen Mechanismen zu ergründen, die eine solche Verbindung auf Makroebene erst möglich machen. Grundsätzlich beschreibt die sozialpolitische Literatur meiner Meinung nach den kausalen Mechanismus, der zu einer Abstrafung der Regierung führen soll, nur sehr vage und ungenau. Im Folgenden soll es deshalb darum gehen, differenziert darzulegen, welche Annahmen die These der elektoralen Konsequenzen von Kürzungspolitikern macht und inwiefern diese auch empirische Bestätigung finden.

3. Eine differenzierte Sichtweise der These der elektoralen Kosten

Lassen sie uns nun also einen Schritt zurücktreten und zuerst einmal ganz grundsätzlich überlegen, wie die Erwartung begründet wird, dass Kürzungen im Bereich der Sozialpolitik zu Verlusten an der Urne führen sollen. Am Anfang steht dabei die Beobachtung, dass der Sozialstaat auf große Unterstützung in der Bevölkerung zählen kann. Daraus wird von *Pierson* und anderen relativ direkt geschlossen, dass negative (elektorale) Konsequenzen zu erwarten sind, wenn man als Politiker das beschneidet, was der Bevölkerung anscheinend so lieb ist. Doch um diesen erwarteten Zusammenhang theoretisch zu fundieren, braucht es auf der Individualebene eine Anzahl an zusätzlichen Annahmen, deren Plausibilität zumindest offen für Diskussion ist. Abbildung 2 gibt eine Übersicht der Mikrofundierung der These der elektoralen Kosten.

Abbildung 2: Die These der elektoralen Kosten im Detail



Konkret braucht es die drei folgenden Schritte um einen Zusammenhang zwischen der Popularität von sozialer Sicherung und elektoraler Bestrafung annehmen zu können: Erstens muss davon ausgegangen werden, dass sich aus der Popularität von sozialpolitischen Leistungen direkt die Unpopularität von Kürzungen ergibt. Dabei kann es doch auch plausibel erscheinen, dass die Leute gerade gegenüber kleineren Kürzungsvorhaben möglicherweise doch positiv eingestellt sind, da sie nicht nur eine hohe soziale Sicherung schätzen, sondern auch eine stabile Wirtschaft und gesunde Staatsfinanzen. Eine zweite zentrale Annahme der These von elektoralen Kosten ist, dass die Unzufriedenheit der Bürger mit Kürzungsvorhaben der Regierung sich auch direkt auf ihr Wahlverhalten niederschlägt. Hier kann man fragen, ob die Entscheidung, welcher Partei man seine Stimme gibt nicht auch von anderen, wichtigeren Faktoren beeinflusst wird und dadurch die Unzufriedenheit mit der Sozialpolitik der Regierung am Wahltag nur eine untergeordnete Rolle spielt. Wer annimmt, dass Sparpolitik nicht nur zu Verlusten der Regierungspartei, sondern auch zur Abwahl der Regierung führt, muss zusätzlich zu den bereits beschriebenen Annahmen davon ausgehen, dass der Einfluss der sozialpolitischen Kürzungen im Wahlverhalten so stark ist, dass dies auf der Makroebene zu einem Regierungswechsel führt. Die hier kurz umrissenen Annahmen werden im Folgenden eingehender diskutiert, einer kritischer Prüfung unterzogen und mit empirischen Befunden unterfüttert. Die kritische Diskussion ist gegliedert nach den zwei Hauptaspekten des Argumentes, nämlich die Unpopularität der Kürzungsmaßnahmen und zweitens die Relevanz von Sozialpolitik beim Wählen.

3.1 Ist der Sozialstaat wirklich so beliebt, bzw. Kürzungen so unbeliebt?

Wie schon beschrieben steht die große Beliebtheit des Sozialstaates am Anfang von Überlegungen zu Konsequenzen von Abbaupolitik. Dabei wird meist auf empirische Studien verwiesen, die diese Beliebtheit belegen sollen. Im Folgenden wird argumentiert, dass es zwar durchaus starke Hinweise darauf gibt, dass die Bevölkerung hinter den zentralen Leitlinien der Umverteilung und des Schutzes von Schwächeren steht, uns diese Befunde aber nicht vergessen lassen sollten, dass sozialpolitische Einstellungen komplexer sind als die Antwort auf eine einzige Frage, und dass die Unterstützung für die staatliche Sozialpolitik nur auf einer sehr allgemeinen Dimension so ausgeprägt ist. Die sozialpsychologische Literatur im allgemeinen (*Krosnick* 1988, 1990; *Fazio et al.* 1982; *Fazio* 1986; *Converse* 1964) und auch Arbeiten, die sich detailliert mit sozialpolitischen Einstellungen befasst haben (*Goerres/Prinzen* 2012; *Kumlin* 2007b) weisen darauf hin, dass Bürger vielfältige und komplexe Präferenzen haben und wir Einstellungen auf verschiedenen Abstraktionsgraden unterscheiden können. Dabei kann gezeigt werden, dass insbesondere für konkrete Präferenzen und Einstellungen ein starker Bezug zum Verhalten gegeben ist, während sehr allgemeine Einstellungen zwar relativ stabil, jedoch für (politisches) Verhalten weniger relevant sind.

Wenn man bedenkt, dass die Frage nach dem bevorzugten Grad an Umverteilung auf eine sehr generelle Ebene der sozialpolitischen Einstellungen zielt,⁹ bietet der Rückgriff auf die oben erwähnte sozialpsychologische Literatur bereits einen ersten Hinweis, dass der direkte Schluss von der Zustimmung zu den grundlegenden Prinzipien des Wohlfahrtsstaates auf einen Effekt im Verhalten der Bürger etwas voreilig ist. Schaut man sich die wenigen Studien an, die spezifischere Fragen zu sozialpolitischen Einstellungen stellen, wird auch schnell deutlich, dass auf konkreterer Ebene die Zustimmung zum Sozialstaat nicht mehr so hoch ist und ein beträchtlicher Teil der Teilnehmer sogar für eine private Lösung optieren, wenn sich so für den einzelnen Kosten sparen lassen (*Boeri et al.* 2001, *Fernandez/Jaime-Castillo* 2012).

Auch lassen sich beträchtliche Unterschiede zwischen den einzelnen sozialen Sicherungssystemen feststellen. So erfreuen sich Sozialversicherungssysteme, welche die Sicherheitsdimension betonen (Alterssicherung, Gesundheit) generell höherer Beliebtheit als Systeme, die eher die Gleichheitsdimension betonen (Arbeitslosenversicherung, Sozialhilfe) (*Pettersen* 1995; *Giger* 2012). Daraus lässt sich die Erwartung formulieren, dass sich auch die Stärke der elektoralen Bestrafung nach den sozialpolitischen Programmen unterscheidet, wofür sich in der Studie von *Giger* (2012) auch erste Hinweise finden. Sie zeigt, dass die Popularität der Regierung nur durch Reformen im Pensions- und Gesundheitsbereich leidet, während Arbeitslosenreformen keine Effekte zeitigen.

Weiter lassen sich sozialpolitische Einstellungen nicht nur nach dem Grad der Abstraktheit oder dem spezifischen sozialpolitischen Programm charakterisieren, sondern auch in verschiedene Dimensionen aufspalten. *Giger* und *Nelson* (2012) unterscheiden zum Beispiel zwischen einer allgemeinen Dimension der Wohlfahrtsstaatsunterstützung und Einstellungen zu ökonomischen Effekten einer stark ausgebauten sozialen Sicherung. Dabei können sie zeigen, dass das Lager der Befürworter eines starkes Sozialstaates mit viel Umverteilung drastisch schrumpft, wenn man in Betracht zieht, dass viele Bürger auch hohe ökonomische Kosten eines ausgebauten Sozialstaates fürchten und somit nur „konditionale“ Befürworter von sozialer Sicherung sind. *Giger* und *Nelson* (2012) argumentieren im Weiteren, dass genau diese Gruppe der konditionalen Befürworter für Spar-

bemühungen gewonnen werden kann, wenn die Regierung es schafft, darzulegen, dass die Sparpolitik der Wirtschaft dienlich ist. Die Autorinnen stützen sich bei der empirischen Prüfung ihrer Argumente auf vergleichende Daten des *European Social Survey* (ESS, 2008) und zeigen auf, dass ungefähr die Hälfte derjenigen Befragten, die grundsätzlich Umverteilung begrüßen, auch Bedenken äußern, dass die Sozialpolitik die Wirtschaft beeinträchtigt.¹⁰ Tabelle 3 zeigt die Aufteilung in konditionale Befürworter (sehen wirtschaftliche Kosten) und unkonditionale Befürworter (sehen keine wirtschaftlichen Kosten) aufgeteilt nach Parteifamilien.¹¹

Tabelle 3: Verteilung der Präferenzen der Wählerschaft von einzelnen Parteifamilien

	Konditionale Befürworter	Unkonditionale Befürworter	Gegner von Umverteilung	Andere
Links-Sozialistische Parteien	18.2	46.0	5.1	30.7
Sozialdemokratische Parteien	25.5	32.5	8.4	33.6
Religiöse Parteien	22.6	23.7	12.4	41.3
Konservative Parteien	21.3	14.1	21.6	42.9
Liberale Parteien	27.8	19.9	16.8	35.5
Total	26.0	24.8	11.3	35.2
N total	6,517	6,218	2,988	9,311

Anmerkung: Konditionale Befürworter des Wohlfahrtsstaates befürworten grundsätzlich soziale Sicherung (positive Antwort auf die Frage nach Umverteilung), sehen jedoch auch (hohe) wirtschaftliche Kosten von sozialer Sicherung (positive Antwort zu folgendem Statement „soziale Leistungen/Dienste beeinträchtigen die Wirtschaft“). Unkonditionale Befürworter befürworten Umverteilung und sehen keine hohen Kosten für die Wirtschaft. In der Kategorie Gegner von Umverteilung erscheinen alle Individuen, die soziale Sicherung grundsätzlich ablehnen, gleichgültig, wie sie die wirtschaftlichen Kosten sehen. Die Kategorie „Andere“ umfasst Befragte, die bei mind. einer Frage die neutrale Kategorie gewählt hatten. Dargestellt ist die Verteilung der einzelnen Gruppen nach Parteifamilien für 13 Westeuropäische Länder. Die Zahlen sind Prozentwert, die Zeile „Total“ rapportiert den Mittelwert der jeweiligen Spalte, gewichtet nach Ländern; Die Daten stammen aus dem European Social Survey (ESS) 2008. Die Tabelle ist adaptiert aus *Giger und Nelson* (2012).

Die relativen Anteile zwischen konditionalen und unkonditionalen Befürwortern sind auch relevant für die Strategien der regierenden Parteien. So erwarten *Giger und Nelson* (2012), dass eine Partei, die sehr viele unkonditionale Befürworter in ihrer Anhängerschaft hat, weniger abbaut, während Parteien, deren Anhänger sehr wohl die wirtschaftlichen Kosten eines ausgebauten Sozialstaates sehen, eher abbauen werden, da ihre Wählerschaft offen für wirtschaftliche Rechtfertigungen ist und sie damit weniger Angst vor elektoralen Konsequenzen haben müssen. Tabelle 3 macht jedoch auch deutlich, dass die relativen Anteile der beiden Gruppen nicht in allen Parteifamilien gleich verteilt sind – was wiederum als Erklärung dafür dienen kann, dass nicht alle Parteien gleich stark an der Sparpolitik der letzten Jahre beteiligt waren (siehe z.B. *Zohlnhöfer et al.* 2012).

Insgesamt hat dieses Unterkapitel gezeigt, dass der Befund der hohen Zustimmung, die der Sozialstaat in der Bevölkerung genießt, zwar durchaus richtig ist, dies jedoch nicht mit einer uneingeschränkten Befürwortung gleichgesetzt werden sollte. Abschließend ist auch noch zu bemerken, dass die Forschung fast ausschließlich die Beliebtheit des Sozialstaates zeigt und nicht die Unbeliebtheit von Reformen. Die Ausdifferenziertheit der sozialpolitischen Einstellungen sowie die Tatsache, dass wir eigentlich nur über Daten zu allgemeinen Einstellungen verfügen, lässt Zweifel aufkommen, ob der Schluss von einer generellen Befürwortung von Umverteilung auf die Unpopularität von Abbauprojekten gerechtfertigt ist. Insbesondere stellt sich die Frage, ob es sinnvoll ist, davon

auszugehen, dass alle Bürger Sparbemühungen negativ gegenüberstehen. Dieser Abschnitt macht vielmehr deutlich, dass gerade wirtschaftliche Überlegungen gewisse Bevölkerungsgruppen zumindest zu einer indifferenten, wenn nicht sogar zu einer positiven Einstellung gegenüber Sparplänen der Regierung kommen lässt. Gerade diese Offenheit der Bevölkerung gegenüber ökonomischen Rechtfertigungsstrategien lässt auch die Möglichkeit zu, dass Sozialstaatskürzungen zu einem Gewinnerthema im Wahlkampf werden (siehe etwa Deutschland 1983 oder Dänemark 1984). Dies wird insbesondere dann der Fall sein, wenn das wirtschaftliche Klima extrem schlecht ist und somit der wirtschaftliche Problemdruck sehr hoch. Auch hilft es dem positiven Framing, wenn die antretende Regierung noch nicht lange an der Macht ist und somit den Anfangsbonus für sich in Anspruch nehmen kann.¹²

3.2 Wie relevant ist Sozialpolitik für die Wahlentscheidung?

Die zweite wichtige Annahme, die die These der elektoralen Kosten von Sozialstaatsabbau macht, ist, dass die Sozialpolitik und damit die Unzufriedenheit der Bürger mit diesem Politikbereich einen Einfluss auf ihr Wahlverhalten hat. Auch hier plädiere ich für eine differenzierte Betrachtung und insbesondere dafür, diese Frage in den Kontext der Theorien zum Wahlverhalten einzubetten. Was sagt uns also die Wahlforschung – immerhin eines der meistuntersuchtesten Gebiete der Politikwissenschaft – zum Thema? Dafür muss zuerst einmal spezifiziert werden, dass das Interesse einem einzelnen Ereignis (Abbau von Sozialleistungen) während der abgelaufenen Legislaturperiode, dessen Einfluss auf die Regierungspopularität und damit auf die Unterstützung der Regierung gilt. Oder im Jargon der Wahlforscher gesprochen: Wir interessieren uns für den Einfluss von retrospektiver Performanz in einem einzigen Politikfeld, nämlich der Sozialpolitik. Diese Formulierung macht bereits deutlich, dass zwar von einem Einfluss ausgegangen werden kann, schließlich gibt es viele Studien, die sachorientiertes Wählen oder performanzorientiertes Wählen betrachten und Effekte finden (Clarke *et al.* 2004; Miller/Wattenberg 1995; Wessels 2004). Dieser Effekt kann aber nicht von überragender Wichtigkeit sein, ist doch landläufig bekannt, dass andere Faktoren, etwa die Parteiidentifikation, bei Wahlen eine bedeutendere Rolle spielen als einzelne Sachfragen (Campbell *et al.* 1960; Clarke *et al.* 2004).

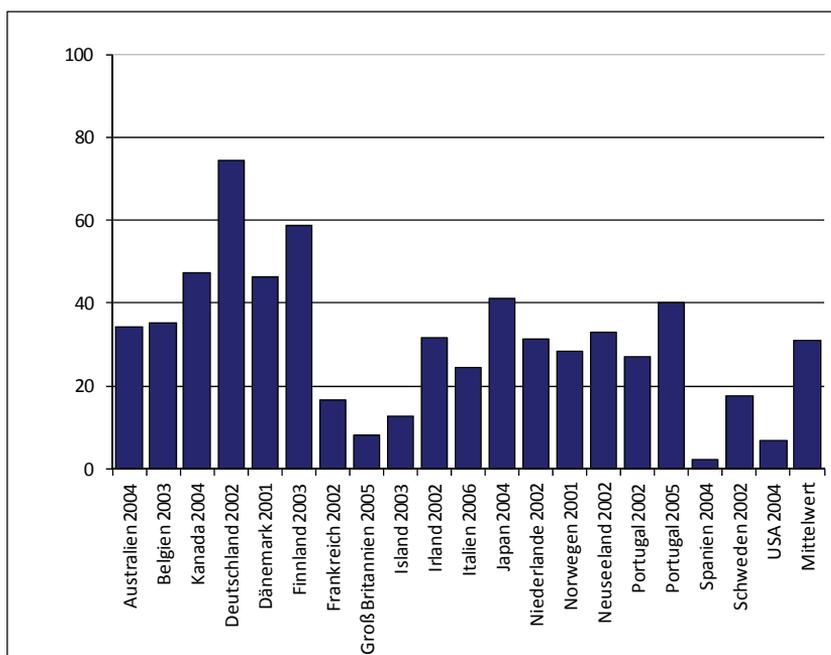
Aber bevor wir auf die tatsächliche Bedeutung von Sachfragen im Vergleich zu anderen Einflüssen zu sprechen kommen, ist zunächst ein anderer wichtiger Punkt zu machen: Sozialpolitik und insbesondere Sozialstaatsabbau sind nicht die einzigen Themen, die bei einer Wahl eine Rolle spielen. So gibt es zum Beispiel eine lange Tradition von Studien, die sich mit dem Einfluss der wirtschaftlichen Lage befassen (sog. „economic voting“, siehe oben) oder neuere Werke, die einen starken Einfluss von Immigrations- oder EU-Themen propagieren (Mudde 1999; Dinas/Van Spanje 2011; de Vries 2010). Auch ein Blick auf die Themen, die in den Wahlkämpfen relevant sind, lehrt uns, dass bei weitem nicht nur der Abbau der sozialen Sicherung wichtig ist. Während dieser Punkt auf den ersten Blick vielleicht trivial erscheint, ist er doch von großer Relevanz, da er die sozialpolitische Literatur mit ihrer Erwartung von hohen elektoralen Effekten in einen Kontext stellt und klar macht, dass von einem einzelnen Thema meist keine großen Umbrüche in der politischen Landschaft zu erwarten sind.

Weiter legt Giger (2010; 2011) dar, dass sich nur die Einstellungen von Individuen, die dem Thema soziale Sicherheit eine gewisse Relevanz zusprechen, in ihrem Wahlver-

halten niederschlagen werden – auch hier ist ein Rückgriff in die sozialpsychologische Literatur hilfreich (Krosnick 1988; Fournier et al. 2003). An einem Beispiel verdeutlicht, wird hoffentlich schnell klar, worum es geht: Stellen Sie sich vor, Sie sind sehr an umweltpolitischen Themen interessiert und sehen, dass sich Ihre Regierung in diesem Bereich stark engagiert und beispielsweise strengere Umweltschutzgesetze einführt. Während sicher davon ausgegangen werden kann, dass es für Sie am Wahntag eine Rolle spielt, wie sich die Regierung in Sachen Umweltpolitik verhalten hat und Sie die gute Performanz der Regierung in diesem speziellen Politikfeld vielleicht belohnen werden, ist weniger davon auszugehen, dass sozialpolitische Einstellungen für Ihre Wahlentscheidung eine große Rolle spielen (wenn wir einmal annehmen, dass Sie dieses Thema gar nicht reizt). Allgemein gefasst bedeutet dies, dass einzelne Themen vor allem dann einen Effekt auf das Verhalten haben, wenn sie den Leuten wichtig sind, wenn sich die Bürger dafür interessieren.

Sinnvollerweise schauen wir uns also in einem ersten Schritt an, wie groß der Anteil derjenigen Wähler ist, die von sich sagen, dass Sozialpolitik in irgendeiner Form, seien es Gesundheitskosten oder die Sicherung der Altersversorgung, für sie wichtig ist. Wie oben angedeutet kann dies schon als erster Indikator gesehen werden, wie groß der Einfluss von Sozialpolitik auf die Wahl ist. Dazu greifen wir auf Daten aus der „Comparative Study of Electoral Systems“ (CSES) zurück.¹³

Abbildung 3: Die Salienz von Sozialpolitik in vergleichender Perspektive



Anmerkung: Diese Abbildung zeigt den Prozentsatz derjenigen Leute, die angeben, dass Sozialpolitik für sie während der vergangenen Legislaturperiode ein wichtiges Thema war. Die Kategorie Sozialpolitik ist aus individuellen Antworten der offenen Frage nach dem wichtigsten Thema selbst kodiert und umfasst Themen wie Alterssicherung, Gesundheitskosten usw. Die Abbildung basiert auf Giger (2011, S. 92), Daten: CSES Modul II.

Hier zeigt sich, dass Sozialpolitik keineswegs unbedeutend ist, immerhin antworten im Durchschnitt ungefähr 30% der Bevölkerung, dass sozialpolitische Fragen für sie während der abgelaufenen Legislatur am wichtigsten waren. Dies macht Sozialpolitik einerseits zu einem bedeutenden Thema des politischen Diskurses, zeigt aber andererseits auch auf, dass gute zwei Drittel der Bevölkerung Sozialpolitik und damit zu einem großen Teil auch sozialpolitischen Reformen wenig Bedeutung zumessen und wir darum auch nicht davon ausgehen können, dass die Performanz der Regierung in diesem Politikfeld sie stark in ihrer Wahlentscheidung für oder gegen die Regierung beeinflusst.¹⁴

Aber findet sich nun tatsächlich ein Einfluss der individuellen retrospektiven Performanzeinschätzungen auf die Wahl einer Regierungspartei oder ist das Wahlverhalten primär durch andere Faktoren bestimmt, die wenig oder gar nichts mit Sozialpolitik zu tun haben? *Giger* (2010; 2011; 2012) entwickelt Modelle zur Erklärung der Regierungswahl in 20 Ländern, in denen auch die Performanz in den verschiedenen Politikfeldern gemessen wird. Dabei kann die Autorin einen systematischen, robusten Einfluss von Performanzeinschätzungen nachweisen: Wähler, die die Leistung der Regierung negativ einschätzen, haben auch eine geringere Wahrscheinlichkeit, eine Regierungspartei zu wählen. Dieser Befund hat auch Bestand, wenn man viele andere Faktoren kontrolliert, die das Wahlverhalten beeinflussen (z.B.: Links-Rechts Einstellung, soziodemographische Variablen). Gleichzeitig wird in den Analysen von *Giger* deutlich, dass der Einfluss von Performanz zwar systematisch ist, aber auch nicht überbewertet werden soll. Dazu gibt Tabelle 4 genauer Auskunft. In dieser Tabelle wird gezeigt, wie sich die Wahrscheinlichkeit, die Regierung zu wählen, verändert, wenn die Befragten negativere oder positivere Performanzeinschätzungen haben.¹⁵ Dies kann als Maß dafür gesehen werden, wie groß der Einfluss der einzelnen Faktoren ist.

Tabelle 4: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten aus Modellen zur Erklärung der Regierungswahl

	Differenz in der Wahrscheinlichkeit der Regierungswahl
Performanz Sozialpolitik	10%
Performanz Außenbeziehungen	7%
Performanz Öffentliche Dienste	5%
Performanz Wirtschaftspolitik	11%
Performanz Immigrationspolitik	3%
Performanz Innere Sicherheit	6%
Performanz Umweltpolitik	4%
Performanz andere Politikfelder	3%
Links-Rechts Einstellung	24%

Anmerkung: Diese Tabelle präsentiert vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten der Regierungswahl in 20 OECD Ländern. Die Tabelle basiert auf einer logistischen Mehrebenenanalyse zur Erklärung der Regierungswahl, die weiteren Variablen sind in Fußnote 16 aufgeführt. Daten: CSES Modul II.

In Tabelle 4 wird deutlich, dass die Performanz der Regierung die Wahrscheinlichkeit sie zu wählen um bis zu zehn Prozentpunkte verändern kann. Dabei ist die Performanz in Sozialpolitik zusammen mit der Wirtschaftspolitik am einflussreichsten. Vergleicht man damit nun den Einfluss der Links-Rechts Positionierung (24%), wird auch klar, dass Performanzeinschätzungen zwar einen systematischen Einfluss ausüben, dieser jedoch längst nicht so stark ist wie der Einfluss der klassischen Einflussfaktoren der Wahlforschung.

Weiter lässt sich festhalten, dass die Bevölkerung insgesamt gar nicht so unglücklich ist mit der Leistung ihrer Regierung bezüglich Sozialpolitik und diese auch nicht signifikant schlechter einstuft als die in anderen Politikfeldern: Im Durchschnitt der 20 von *Giger* untersuchten Fälle (Wahlen in OECD-Ländern zwischen 2002-2006) bewerten nur zwei Drittel der Befragten die sozialpolitische Performanz negativ.¹⁶ Ein Vergleich mit anderen Politikfeldern macht deutlich, dass Sozialpolitik keine Ausnahme darstellt; andere Politikfelder (z.B. Umwelt- oder Asylpolitik) werden ähnlich negativ/positiv bewertet.¹⁷

Für die Regierungsparteien ist natürlich die entscheidende Frage, ob eine Reform der sozialen Sicherheit die eigene Abwahl besiegelt. Dazu müssen wir den Schritt von den Erklärungsmodellen von individuellem Wahlverhalten zu den Implikationen auf Makroebene, d.h. auf den Wahlausgang machen. Es hat sich gezeigt, dass solche Implikationen stark davon abhängen, wie viele Leute Sozialpolitik wichtig finden und davon, wie die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Sozialpolitik der letzten Legislaturperiode ist. Sind sozialpolitische Themen wichtig im Wahlkampf und die Beurteilung der Regierung bezüglich Sozialpolitik schlecht, dann – und nur dann – wird der Effekt groß genug sein, die Regierung aus dem Amt zu fegen. *Giger* (2011, S. 142-151) simuliert dazu verschiedene Szenarien, darunter ein sog. „worst case“ Szenario mit hoher Salienz und insgesamt schlechter Beurteilung der sozialpolitischen Regierungsleistung und kommt zum Schluss, dass selbst in diesem Fall nur in einer kleinen Minderheit der Fälle eine andere als die tatsächliche Regierungszusammensetzung wahrscheinlich geworden wäre.¹⁸

Neben der Salienz und Performanz der Regierung sind natürlich auch der Kontext und die Alternativen der Wähler von Bedeutung. Gibt es z.B. für linke Wähler eine zweite Partei, die sich links der Mitte positioniert aber nicht in der Regierung sitzt? In einem solchen Fall dürfte es dem Wähler einfacher fallen, die linke Regierungspartei durch eine Abwahl zu bestrafen,¹⁹ als wenn er keinerlei Alternativen auf der linken Seite des politischen Spektrums hat (siehe dazu auch *Kitschelt* 2001). Für die Auswirkungen auf den Ausgang der Wahl und die Regierungsbildung sind ferner natürlich das Ausmaß der Regierungsmehrheit sowie der Typus der (Koalitions-) Regierung maßgebend. Besitzt die Regierung nur eine knappe Mehrheit können schon kleinere Abweichungen im Stimmverhalten zu großen Umbrüchen führen. Bisherige Analysen (*Giger* 2011) deuten jedoch nicht darauf hin, dass Sozialpolitik hier eine Sonderrolle einnimmt, vielmehr sind auch Reformen in der Immigrationspolitik oder bei den öffentlichen Diensten ähnlich risikobehaftet wie eine Reform der Sozialwerke.

4. Schlussbetrachtung

Dieser Beitrag hat sich mit der Frage beschäftigt, wie Wähler auf Sparpolitik reagieren und welche Konsequenzen dies für die regierenden Parteien hat. Dieser Frage haben sich bisher nur wenige Beiträge gewidmet, was umso erstaunlicher ist, als angenommen wird, dass Politiker stark von der öffentlichen Unterstützung ihrer Politik abhängen und diese sie auch beträchtlich in ihrem Tun beeinflusst (siehe z.B. *Brooks/Manza* 2006). So bauen viele Studien – angefangen mit *Piersons* bahnbrechendem Werk zu Abbaudynamiken – auf der Annahme auf, dass Abbau unpopulär ist und Politiker Reformen des Wohlfahrtsstaates entweder vermeiden oder verstecken um der Wut der Wähler zu entgehen.

Dieser Beitrag hat einen anderen Weg gewählt und anhand der seit kurzem bestehenden Literatur den Zusammenhang zwischen Abbaupolitik und elektoralen Konsequenzen sowohl theoretisch als auch empirisch aufgearbeitet und zusammengefasst.

Damit lässt sich auch eine kondensierte Antwort auf die Eingangs des Aufsatzes gestellte Frage nach der Reaktion der Wähler auf Sparpolitik geben: Ja, Wähler reagieren auf Abbau in der sozialpolitischen Sicherung, sie tun dies aber längst nicht so stark wie dies in der sozialpolitischen Literatur angenommen wird. Vielmehr macht ein Blick auf die genauen Mechanismen, die für eine solche Bestrafungs-Reaktion angenommen werden müssen, deutlich, dass Sozialpolitik zwar durchaus zu den Top-Themen gehört, die die Bürger beschäftigen, dies aber nicht zur Folge hat, dass Regierungen zwingend abgewählt werden, sobald sie sozialpolitische Reformen durchführen. Theoretisch lässt sich auf der Mikroebene ein Zusammenhang zwischen den sozialpolitischen Leistungen einer Regierung und der Wahrscheinlichkeit der Wahl einer Regierungspartei erwarten und auch empirisch bestätigen, jedoch muss festgehalten werden, dass dieser Effekt empirisch nicht größer ausfällt als für andere Politikfelder. Sozialpolitische Reformen rechtfertigen also in dieser Hinsicht keine spezielle Betrachtung und auch keine eigenständige Theoriebildung. Insgesamt macht dieser Aufsatz deutlich, dass die These der hohen Kosten von Abbau in der sozialen Sicherheit, wie sie in der sozialpolitischen Literatur beschrieben wird, voreilig und damit überzogen ist.

Was bedeuten diese Befunde nun für die Politik und für das Verhalten der Regierungsparteien im Besonderen? Dieser Beitrag hat sich bisher fast ausschließlich mit der Wählerseite, mit Einstellungen und deren Auswirkungen auf das Wahlverhalten beschäftigt. Während oben argumentiert wurde, dass Politiker stark auf die öffentliche Meinung achten, ist es doch realistisch anzunehmen, dass sie nicht immer genau wissen, was ihre Wähler wollen, bzw. sie sich nicht bewusst sind, dass auch eine negative Bewertung einer einzelnen Reform am Wahltag nicht zwingend noch so präsent sein muss wie zum Zeitpunkt der Befragung. Das Verhalten der Politiker ist deshalb wohl stärker von ihrer subjektiven Wahrnehmung der öffentlichen Meinung und der „Gefährlichkeit“ einer Reform abhängig als von den realen Kosten der Reformpolitik. Obwohl genaue Untersuchungen zu den wahrgenommenen Risiken von Abbaupolitik fehlen, finden sich doch Hinweise darauf, dass sich viele Politiker vor einer möglichen Abwahl fürchten und sie dies in ihrem Verhalten stark beeinflusst. Dass dabei einzelne „negative“ Fälle, d.h. Fälle, in denen es tatsächlich zu einer Bestrafung kam, wir denken hier beispielsweise an die Verluste der SPD nach der Hartz IV Reform,²⁰ besonders schwer wiegen und das Bild eines verminteten Politikfeldes bestätigen, ist nicht von der Hand zu weisen und kann auch mit sozialpsychologischer Literatur erklärt werden (*Lau 1985*).

Die wissenschaftliche Untersuchung des Phänomens zeigt jedoch deutlich, dass der deutsche Fall eher die Ausnahme als die Regel ist. Wenn aber die regierenden Politiker noch immer davon überzeugt sind, dass Kürzungen von sozialpolitischen Leistungen elektoral schwer wiegen und ihre Wiederwahlchancen empfindlich stören könnten, so „rettet“ das auch die ganze Literatur, die sich mit Abbaupolitik und Strategien der Regierung wenn es um Kürzungen geht, beschäftigt. Dort ist nämlich meistens nicht das wahre Ausmaß der Bestrafung von Bedeutung, sondern die Perzeption der Politiker, dass Kürzungen eine große Auswirkung haben können.

Abschließend soll hier noch erwähnt werden, dass die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise durchaus das Potential hat, zu starken Wählerreaktionen zu führen. Gerade weil das Thema medial stark diskutiert wurde und weil in gewissen Ländern viele Leute direkt betroffen sind, kann man davon ausgehen, dass zumindest die Salienz des Politikfeldes derzeit eher hoch ist. Wie der Beitrag gezeigt hat, ist dies eine der entscheidenden Variablen, die eine Bestrafung der Regierungsparteien wahrscheinlich machen.

Kommt nun hinzu, dass die Wähler sehr unzufrieden sind mit der Regierungsleistung, in diesem Fall speziell mit ihrer Sozial- und Wirtschaftspolitik, lässt sich eine Bestrafungsreaktion erwarten. Dies wäre ganz im Sinne dieses Beitrags, der die Möglichkeit von elektoralen Kosten nicht in Frage stellt, jedoch die Häufigkeit und Intensität solcher Kosten. Es bleibt also genauer zu untersuchen, ob die gehäufte Abwahl amtierender Regierungen während der Finanz- und Wirtschaftskrise²¹ wirklich mit ihrer Sozial- oder auch Wirtschaftspolitik in Zusammenhang stehen.

Anmerkungen

- 1 Siehe dazu die Prospekt Theorie, die einen theoretischen Unterbau für diese Verhaltensweise bietet. Einen Überblick bietet *Vis* (2011).
- 2 Dies hat sicher auch damit zu tun, dass wir erst in den letzten Jahren Daten zur Verfügung haben, die solche Analysen erlauben. Konkret braucht es Daten über die substantielle Veränderung der Generosität der Sozialwerke und nicht nur Ausgabedaten, da wir nicht erwarten, dass Wähler auf Ausgabenveränderungen, sondern nur auf konkrete Änderungen in den Unterstützungsniveaus oder auf Verschärfungen der Zugangskriterien reagieren.
- 3 Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird im folgenden nur die männliche Form verwendet; selbstverständlich sind immer beide Geschlechter gemeint.
- 4 Die Daten stammen von *Scruggs* (2004), der mittlere Unterstützungsniveaus im Fall von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter für 18 OECD Länder zwischen 1980-2002 berechnet hat. Hier dargestellt ist ein additiver Index aus Veränderungsdaten dieser sozialen Sicherungswerken für jede Regierung, die sich im obenerwähnten Zeitraum der Wiederwahl stellt. Weitere Details zur exakten Kodierung finden sich in *Armingeon/Giger* (2008, S. 561-566).
- 5 Siehe Modell 4 in Table 2 in *Armingeon/Giger* (2008), wo der Zusammenhang multivariat getestet wird. Dabei werden insbesondere die folgenden Kontrollvariablen verwendet: Wähleranteil der Regierung vor der Wahl, makroökonomische Bedingungen (Arbeitslosenrate und Wachstumsveränderung) und die institutionellen Bedingungen.
- 6 Die Studie von *Giger/Nelson* (2011) beruht wie Abbildung 1 auf Information zu mittleren Unterstützungsniveaus im Fall von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter, wie sie von *Scruggs* (2004) erhoben wurden. Die Untersuchungseinheit sind wiederum einzelne Regierungen, die sich der Wiederwahl stellten, wobei deren Stimmenveränderungen als abhängige Variable dienen. Die wichtigste unabhängige Variable ist ein additiver Index der Veränderung der drei genannten Sicherungssysteme. Es wurden 18 Länder im Zeitraum 1980-2003 betrachtet. Weitere Kontrollvariablen umfassen die gelagten Wähleranteile der jeweiligen Regierungsparteien, makroökonomische Bedingungen sowie die effektive Anzahl Parteien.
- 7 *Schumacher et al.* (2012) untersuchen nur 14 Länder, Zeitspanne von 1970-2002. Konkret sind Italien, Japan, Schweiz und USA nicht in ihrem Sample.
- 8 Inwiefern sich Regierungen, die nur kurzzeitig an der Macht waren, auch grundsätzlicher von „normalen“ Regierungen, d.h. solchen, die über die gesamte Periode regiert haben, unterscheiden bzw. inwiefern kurzzeitige Regierungen als Indikator für tieferliegende Konflikte und Umbrüche im Parteiensystem gesehen werden können, bleibe hier dahingestellt und bedarf weiterer Forschung.
- 9 *Giger* (2011) zeigt weiter, dass die Literatur zu den Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat fast ausschließlich Fragen mit einem sehr hohen Abstraktionsniveau verwendet. Grundsätzlich existiert wenig Datenmaterial mit Fragen zu konkreten Reformbemühungen (siehe *Giger* 2012 für eine Studie, die genau solche Fragen betrachtet).
- 10 Konkret wurden die beiden folgenden Fragen zur Konstruktion der vier Kategorien verwendet. Allgemeine Wohlfahrtsstaatsunterstützung: „Die Regierung sollte Maßnahmen ergreifen, um Einkommensunterschiede zu verringern“, ökonomische Beinträchtigung durch hohe soziale Sicherheit: „soziale Leistungen / Dienste stellen eine zu große Belastung für die Wirtschaft dar“.
- 11 Die Unterteilung der Parteifamilien erfolgt nach *Armingeon et al.* (2008).
- 12 Für ein erfolgreiches positives Framing muss allerdings auch die Opposition mitspielen. Nur Fallstudien zu den spezifischen Wahlen könnten Klarheit über die genauen Bedingungen geben, unter denen Sozialstaatsabbau ein positiv besetztes Thema in einem Wahlkampf werden kann.

- 13 Konkret schauen wir uns an, wie die Wähler auf die offene Frage nach dem wichtigsten politischen Thema geantwortet haben. Die Antworten wurden von der Autorin in sieben Kategorien verkodet, hier dargestellt ist „Sozialpolitische Sicherung“. Die weiteren Kategorien, bzw. eine Übersicht über die Salienz aller Themengebiete ist in *Singer* (2011) oder *Giger* (2011, S. 91-98) zu finden.
- 14 Allerdings muss hier einschränkend bemerkt werden, dass die Salienz von politischen Sachfragen auch durch die politischen Eliten gesteuert wird und somit eine geringe Salienz eines Themas auch auf eine erfolgreiche Verschleierung („blame avoidance“) der Abbaubemühungen hinweisen kann. Die Tatsache, dass Sozialpolitik für viele Wähler direkt und ohne Umwege über die Medien erfahrbar ist, und dass die Salienzwerte mit anderen wichtigen Politikfeldern wie beispielsweise Wirtschaftspolitik vergleichbar sind, deuten jedoch eher darauf hin, dass das Thema eine gewisse „Grundpopularität“ besitzt, die von Regierungen nur schwer manipulierbar ist.
- 15 Konkret wurde eine logistische Mehrebenenregression zur Erklärung der Regierungswahl geschätzt, die folgende unabhängige Variablen enthält: Parteiidentifikation mit einer Regierungspartei, links-rechts Position in gleicher Richtung wie Regierung, generelle Einschätzung der Regierungsleistung, Zufriedenheit mit der Demokratie, Bildung, Alter, Geschlecht, wichtigstes Thema (sieben Kategorien), spezifische Performanz (sieben Kategorien). Letztere plus die Links-Rechts Einstellung sind in Tabelle 4 aufgenommen. Die Veränderung in der Wahrscheinlichkeit ist berechnet für die Veränderung der Variablen -1 Standardabweichung bis + 1 Standardabweichung vom Mittelwert. Das vollständige Regressionsmodell findet sich in *Giger* (2011, S. 107-108, Model 2).
- 16 Auch hier soll festgehalten werden, dass diese Performanzbewertungen natürlich im Wechselspiel mit der Regierung entstehen und somit von dieser zumindest zum Teil beeinflusst werden können. Frühere Studien haben die Wichtigkeit des Diskurses bzw. des Framings von sozialpolitischen Reformen bestätigt (siehe z.B. *Schmidt* 2002; *Levy* 1999). Eine detaillierte Betrachtung der Performanzwerte (siehe *Giger* 2011, S. 95-97) lässt denn auch große Unterschiede erkennen, die zu einem erheblichen Teil sicher auch auf die gezielte Kommunikation der Regierung zurückzuführen sind.
- 17 Eine weitere Frage, die sich hier stellt, ist, ob die Performanzeinschätzungen der Wähler auch wirklich von den Abbaubemühungen der Regierung beeinflusst sind. Anders gefragt: Haben Kürzungen einen negativen Effekt auf die Performanzeinschätzungen der Regierung? *Giger* (2012) geht dieser Frage nach und findet systematische Effekte für Pensions- und Gesundheitsreformen, jedoch nur für diejenigen Personen, die dem Thema eine gewisse Wichtigkeit zuordnen.
- 18 Konkret sind dies die Wahlen in Irland (2002) und die deutsche Bundestagswahl 2002. In beiden Fällen war der Wahlausgang eher knapp und eine (noch) negativere Bewertung der sozialpolitischen Leistung hätte zu anderen Mehrheiten geführt (*Giger* 2011, S. 149).
- 19 Konzeptualisiert man dabei nach *van der Brug et al.* (2007), dass individuelle Wahlentscheidungen auf kumulierten Nutzenfunktionen basieren, kann man gut erklären, warum manche Wähler trotz negativer Einschätzung der Performanz der Regierung derselbigen treu bleiben: Die kumulierten Utilities der Regierungspartei sind immer noch größer als die der Konkurrenten.
- 20 Siehe *Giger* (2011, S. 148-151) für eine vertiefte Diskussion der deutschen Bundestagswahl 2002 und der Rolle, die die Hartz IV Reform darin gespielt hat.
- 21 Eine kurze Analyse ohne Anspruch auf Vollständigkeit ergibt, dass in 12 der insgesamt 16 seit Ende 2008 abgehaltenen Wahlen im OECD-Raum die Regierungsmehrheiten gewechselt haben.

Literatur

- Allan, J. P./Scruggs, L. A.*, 2004: Political Partisanship and Welfare State Reform in Advanced Industrial Societies, in: *American Journal of Political Science*, 48, S. 496-512.
- Armingeon, K./Gerber, M./Leimgruber, P./Beyeler, M.*, 2008: Comparative Political Data Set, 1960-2006, Berne, Institute of Political Science, http://www.ipw.unibe.ch/content/team/klaus_armingeon/comparative_political_data_sets/index_ger.html.
- Armingeon, K./Giger, N.*, 2008: Conditional Punishment. A comparative analysis of the electoral consequences of welfare state retrenchment in OECD nations, 1980-2003, in: *West European Politics*, 31, S. 558 - 580.
- Boeri, T./Börsch-Supan, A./Tabellini, G.*, 2001: Would you like to shrink the welfare state? A survey of European citizens, in: *Economic policy*, 16, 9-50.

- Brooks, C./Manza, J., 2006: Social Policy Responsiveness in Developed Democracies, in: *American Sociological Review*, 71, S. 474-494.
- Campbell, A./Converse, P. E./Miller, W. E./Stokes, D., 1960: *The American Voter*, New York: John Wiley.
- Clarke, H. D./Sanders, D./Stewart, M. C./Whiteley, P., 2004: *Political Choice in Britain*, Oxford: Oxford University Press.
- Converse, P. E., 1964: The Nature of Belief Systems in Mass Publics, in: *Apter, D. E. (Ed.), Ideology and Discontent*, New York: Free Press.
- de Vries, C. E., 2010: EU Issue Voting: Asset or Liability?, in: *European Union Politics*, 11, S. 89-117.
- de Vries, C. E./Edwards, E. E./Tillman, E. R., 2011: Clarity of Responsibility Beyond the Pocketbook: How Political Institutions Condition EU Issue Voting, in: *Comparative Political Studies*, 44, S. 339-363.
- Dinas, E./van Spanje, J., 2011: Crime Story: The role of crime and immigration in the anti-immigration vote, in: *Electoral Studies*, 30, S. 658-671.
- Fazio, R. H./Chen, J./McDonel, E. C./Sherman, S. J., 1982: Attitude Accessibility, Attitude-Behavior Consistency, and the Strength of the Object-Evaluation Association, in: *Journal of Experimental Social Psychology*, 18, S. 339-357.
- Fazio, R. H./Williams, C. J., 1986: Attitude Accessibility As a Moderator of the Attitude-Perception and Attitude-Behavior Relations: An Investigation of the 1984 Presidential Election, in: *Journal of Personality and Social Psychology*, 51, S. 505-514.
- Fernandez, J. J./Jaime-Castillo, A. M., 2012: Positive or Negative Policy Feedbacks? Explaining Popular Attitudes Towards Pragmatic Pension Policy Reforms, in: *European Sociological Review*, in Press.
- Fournier, P./Blais, A./Nadeau, R./Gidengil, E./Nevitte, N., 2003: Issue Importance and performance voting, in: *Political Behavior*, 25, S. 51-67.
- Gelissen, J., 2000: Popular support for institutionalized solidarity: a comparison between European welfare states, in: *International Journal of Social Welfare*, 9, S. 285-300.
- Giger, N., 2010: Do voters punish the government for welfare state retrenchment? A comparative study of electoral costs associated with social policy, in: *Comparative European Politics*, 8, S. 1472-4790.
- Giger, N., 2011: *The Risk of Social Policy? The Electoral Consequences of Welfare State Retrenchment and Social Policy Performance in OECD Countries*, London: Routledge.
- Giger, N., 2012: Is Social Policy Retrenchment Unpopular? How Welfare Reforms Affect Government Popularity, in: *European Sociological Review*, 28, S. 691-700.
- Giger, N./Nelson, M., 2011: The electoral consequences of welfare state retrenchment: Blame avoidance or credit claiming in the era of permanent austerity? *European Journal of Political Research*, 50, S. 1-23.
- Giger, N./Nelson, M., 2012: *The Welfare State or the Economy? Preferences, Constituencies and Strategies for Retrenchment*.
- Goerres, A./Prinzen, K., 2012: Can We Improve the Measurement of Attitudes Towards the Welfare State? A Constructive Critique of Survey Instruments with Evidence from Focus Groups, in: *Social Indicators Research*, in Press, S. 1-20.
- Hellwig, T., 2008: Globalization, Policy Constraints, and Vote Choice, in: *The Journal of Politics*, 70, S. 1128-1141.
- Kitschelt, H., 2001: Partisan Competition and Welfare State Retrenchment. When do Politicians Choose Unpopular Policies?, in: *Pierson, P. (Ed.), The New Politics of the Welfare State*, Oxford, Oxford University Press.
- Korpi, W./Palme, J., 2003: New Politics and Class Politics in the Context of Austerity and Globalization: Welfare State Regress in 18 Countries 1975-95, in: *American Political Science Review*, 97, S. 425-446.
- Krosnick, J. A., 1988: The role of attitude importance in social evaluation: a study of policy preferences, presidential candidate evaluation, and voting behavior, in: *Journal of Personality and Social Psychology*, 55, S. 196-210.
- Krosnick, J. A., (1990) Government Policy and Citizen Passion: A Study of Issue Publics in Contemporary America. *Political Behavior*, 12, 59-92.

- Kumlin, S.*, 2007a: Overloaded or undermined? European welfare states in the face of performance dissatisfaction, in: *Svallfors, S.* (Ed.), *The Political Sociology of the Welfare State*, Stanford: Stanford University Press.
- Kumlin, S.*, 2007b: The Welfare State: Values, Policy Preferences, and Performance Evaluations, in: *Dalton, R. J./Klingemann, H.-D.* (Eds.), *The Oxford Handbook of Political Behavior*, Oxford: Oxford University Press.
- Lau, R. R.*, 1985: Two Explanations for Negativity Effects in Political Behavior, in: *American Journal of Political Science*, 29, S. 119-138.
- Levy, J. D.*, 1999: Vice into Virtue? Progressive Politics and Welfare Reform in Continental Europe, in: *Politics and Society*, 27, S. 239-273.
- Levy, J. D.*, 2010: Welfare Retrenchment, in: *Castles, Francis G./Leibfried, Stephan/Lewis, Jane/Obinger, Herbert/Pierson, Christopher* (Hrsg.), *The Oxford Handbook of the Welfare State*, Oxford: Oxford University Press, S. 552-568.
- Lewis-Beck, M. S./Stegmaier, M.*, 2007: Economic Models of Voting, in: *Dalton, R. J./Klingemann, H.-D.* (Eds.), *The Oxford Handbook of Political Behavior*, Oxford: Oxford University Press.
- Lindbom, A.*, 2010: Media News Evaluation and Welfare Retrenchment: The Untransparent Cutbacks of the Housing Allowance, in: *Scandinavian Political Studies*, 33, S. 207-223.
- Miller, A. H./Wattenberg, M. P.*, 1985: Throwing the Rascals Out: Policy and Performance Evaluation of Presidential Candidates, 1952-1980, in: *American Political Science Review*, 79, S. 359-372.
- Mudde, C.*, 1999: The single issue party thesis: Extreme right parties and the immigration issue, in: *West European Politics*, 22, S. 182-197.
- Petrocik, J. R.*, 1996: Issue Ownership in Presidential Elections, with a 1980 Case Study, in: *American Journal of Political Science*, 40, S. 825-850.
- Pierson, P.*, 1994: *Dismantling the welfare state?: Reagan, Thatcher, and the politics of retrenchment*, Cambridge: University Press.
- Pierson, P.*, 1996: The New Politics of the Welfare State, in: *World Politics*, 48, S. 143-179.
- Pierson, P.*, 2011: The Welfare State Over the Very Long Run, Zentrum für Sozialpolitik- Working Paper 02.
- Powell, G. B./Whitten, G. D.*, 1993: A Cross-National Analysis of Economic Voting: Taking Account of the Political Context, in: *American Journal of Political Science*, 37, S. 391-414.
- Ross, F.*, 2000: "Beyond Left and Right": The New Partisan Politics of Welfare, in: *Governance: An International Journal of Policy and Administration*, 13, S. 155-183.
- Schmidt, V. A.*, 2002: Does Discourse Matter in the Politics of Welfare State Adjustment?, in: *Comparative Political Studies*, 35, S. 168-193.
- Schumacher, G., Vis, B./Kersbergen, K. v.*, 2012: Political Parties' Welfare Image, Electoral Punishment and Welfare State Retrenchment, in: *Comparative European Politics*, forthcoming.
- Scruggs, L.*, 2004: *Welfare State Entitlements Data Set: A Comparative Institutional Analysis of Eighteen Welfare States, Version 1.1.*
- Singer, M. M.*, 2011: Who Says "It's the Economy"? Cross-National and Cross-Individual Variation in the Salience of Economic Performance, in: *Comparative Political Studies*, 44, S. 284-312.
- Starke, P.*, 2006: The Politics of Welfare State Retrenchment: A Literature Review, in: *Social Policy and Administration*, 40, S. 104-120.
- Tavits, M.*, 2007: Clarity of Responsibility and Corruption, in: *American Journal of Political Science*, 51, S. 218-229.
- Tilley, J./Hobolt, S. B.*, 2011: Is the Government to Blame? An Experimental Test of How Partisanship Shapes Perceptions of Performance and Responsibility, in: *The Journal of Politics*, 73, S. 316-330.
- van der Brug, W./Van der Eijk, C./Franklin, M. N.*, 2007: *The economy and the vote: economic conditions and elections in fifteen countries*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Vis, B.*, 2010: *Politics of Risk-Taking: Welfare State Reform in Advanced Democracies*, Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Vis, B.*, 2011: Prospect Theory and Political Decision Making, in: *Political Studies Review*, 9, S. 334-343.

- Vis, B./Kersbergen, K. V.*, 2007: Why and how do Political Actors Pursue Risky Reforms?, in: Journal of Theoretical Politics, 19, S. 153-172.
- Weaver, R. K.*, 1986: The Politics of Blame Avoidance, in: Journal of Public Policy, 6, S. 371-398.
- Wessels, B.*, 2004: Sachfragen, generalisierte politische Positionen und Leistungsbewertungen: Zur Konditionierung präferenzorientierten Wählens, in: *Brettschneider, F./Deth, J. v./Roller, E.* (Eds.), Die Bundestagswahl 2002. Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes, Wiesbaden: VS.
- Zohlnhöfer, R./Wolf, F./Wenzelburger, G.*, 2012: Parteien und die Generosität der Altersrenten in Zeiten permanenter Austerität, in: Swiss Political Science Review, 18, S. 28-53.

Anschrift der Autorin

Dr. Nathalie Giger, Universität Mannheim, Fachbereich Politikwissenschaft und Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, A5,6, 68131 Mannheim
E-Mail: nathalie.giger@mzes.uni-mannheim.de